

# Staatskasse via Strompreis sanieren

**Kantonsrat** Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich sollen verpflichtet werden, künftig Gewinn zu erwirtschaften und einen Teil davon an den Staat abzuliefern. So wollen es die Bürgerlichen im Kantonsrat.

Liliane Minor

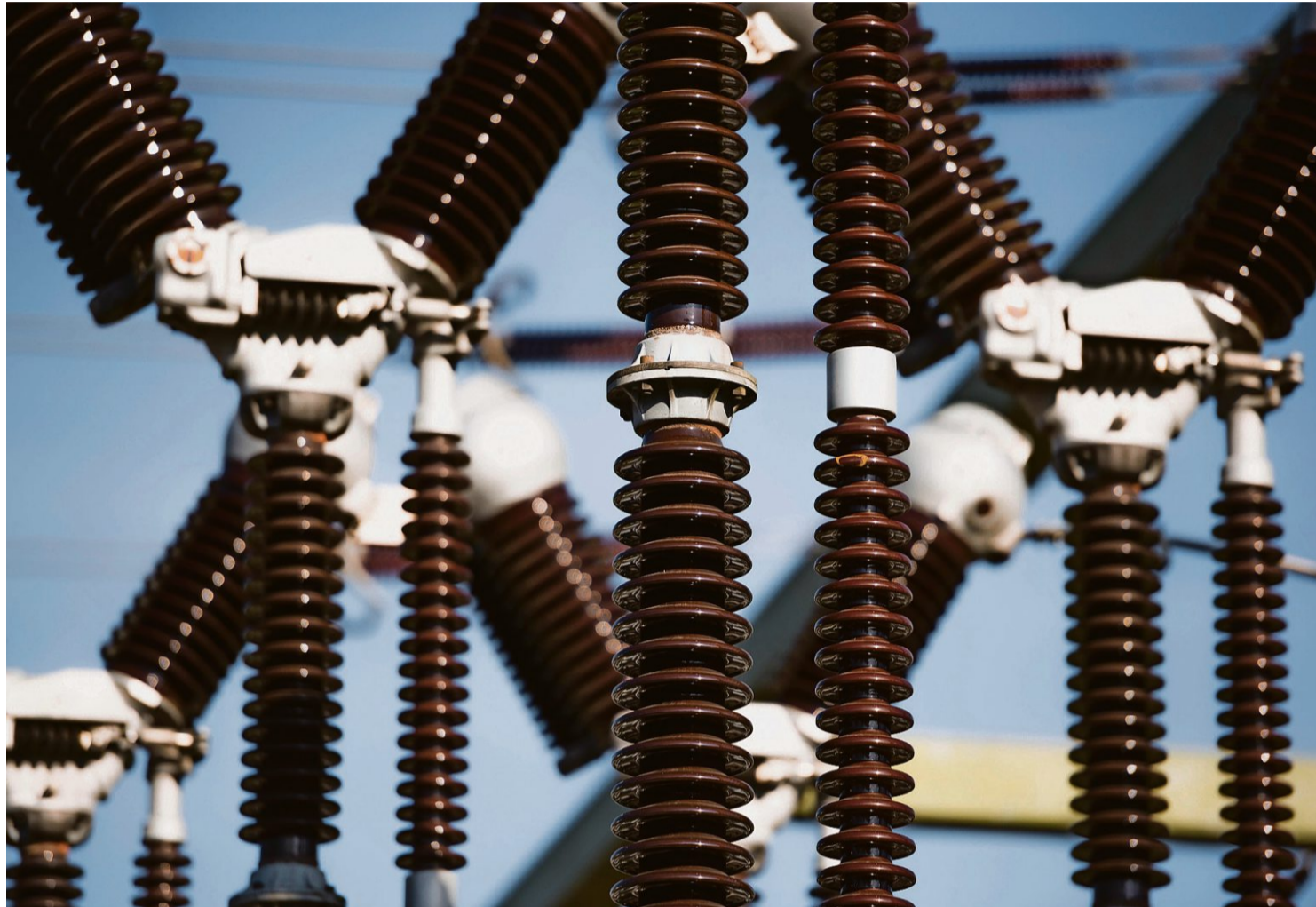
Es war eine verkehrte Welt gestern im Kantonsrat, zumindest auf den ersten Blick. Da plädierten die Bürgerlichen, die sich sonst mit Händen und Füssen gegen versteckte Steuern wehren, dafür, dass die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) dem Kanton künftig einen Anteil ihres Gewinns abliefern müssen. Und das, obwohl es letztlich die Stromkunden sind, die den Strompreis bezahlen. Die links-grüne Ratsseite hingegen, die gern über zu billige Energiepreise klagt, sprach sich gegen die Gewinnablieferung aus. Obwohl diese möglicherweise zu höheren Strompreisen führt.

Die Sache ist, man ahnt es, nicht ganz so einfach. Entstanden ist die Idee im Rahmen des Sparpakets 2016. Dieses Paket, Lü 16 genannt, beinhaltete einige höchst umstrittene Vorschläge, etwa den inzwischen wieder aufgehobenen Schiffsflübler. Auch der Griff in die EKZ-Kasse gehörte dazu; drei Jahre lang sollten die EKZ je 30 Millionen abliefern. Nur gab es dafür keine Rechtsgrundlage. Die EKZ reichten Beschwerde ein, der Regierungsrat krebste zurück und erarbeitete eine Gesetzesänderung.

Diese beinhaltet einen eigentlichen Strategiewechsel: Bisher hatten die EKZ den Strom zum Selbstkostenpreis zu liefern. Neu sollen sie Gewinn erwirtschaften. In den ersten drei Jahren müssen sie dem Kanton davon je 30 Millionen Franken ausschütten. Danach soll jährlich ein «angemessener» Anteil des Gewinns an den Kanton gehen; dessen Höhe definiert der Verwaltungsrat. Ausnahmsweise dürfen die EKZ zugunsten des Kantons auch die Reserven anzapfen.

## EKZ brauchen Reserven

So weit der Hintergrund der gestrigen Debatte. Damit erklärt sich auch die Position der beiden



Die links-grüne Ratsseite möchte die Reserven der EKZ lieber für die Energiewende aufsparen. Foto: Urs Jaudas

Ratsseiten. Linke und Grüne bezweifelten die Notwendigkeit eines Sparpakets schon 2016, und sie wähen sich angesichts der heutigen, guten Finanzlage im Recht. «Warum müssen wir überhaupt sparen?», fragte Kaspar Bütikofer (AL, Zürich) und gab die Antwort gleich selbst: «Wegen der Steuersenkungen der letzten Jahre.» Faktisch zahle so der Stromkunde die Steuer-geschenke an die Reichen.

SP, Grüne, GLP und AL sprachen sich aber auch aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die Gewinnabgabe aus. Hauptargument war die unsichere zu-

künftige Entwicklung des Strommarkts. «Die EKZ haben zwar eine schöne finanzielle Reserve, aber diese werden sie im Hinblick auf die Energiewende auch brauchen», sagte Robert Brunner (Grüne, Steinmaur). Tobias Langenegger (SP, Zürich) stürzte sich an der Möglichkeit, die Reserven anzugreifen: «Ist das nötig, gibt es offensichtlich keinen Gewinn – und dann ist eine Ausschüttung nicht angemessen.»

## Abgeltung für Betriebsrisiko

Die Bürgerlichen hielten dem die gute Finanzlage der EKZ entgegen. «Das Unternehmen erzielt

schon heute jedes Jahr Gewinne von 35 bis 65 Millionen Franken», sagte Diego Bonato (SVP, Aesch). Er erinnerte daran, dass die EKZ zu hundert Prozent dem Kanton gehören, bisher aber nie einen Rappen ablieferten. Ähnlich sah das Lorenz Schmid (CVP, Männedorf): «Die Gewinnausschüttung ist eine Abgeltung dafür, dass der Eigentümer das Betriebsrisiko trägt.»

Schmid war der einzige Befürworter, der sich zum Vorwurf äusserte, der Strompreis beinhalte künftig eine versteckte Steuer und steige möglicherweise: «Wir sind für eine Energie-

steuer.» Die übrigen Redner umschifften das Thema.

Diego Bonato warf den Gegnern vor, die finanzielle Lage des Kantons zu verkennen: «Eine ausgeglichene Kasse ist ihnen egal.» Lü 16 habe nach wie vor Berechtigung. Das sahen auch FDP und CVP so, nicht aber die BDP. Dennoch blieb ein Antrag der Grünen chancenlos, wenigstens die Vorschrift aus dem Gesetz zu streichen, in den ersten drei Jahren je 30 Millionen Franken abzuliefern.

Die Schlussabstimmung erfolgt in rund vier Wochen, das Ja dürfte Formsache sein.

## Die Ecke

### Cool

Am vergangenen Wochenende gab es in Zürich: keine gezielten Angriffe auf Polizisten und keine Massenschlägereien zwischen Fussballfans, dafür jedoch eine bewilligte Demonstration in der Innenstadt mit rund 3000 Teilnehmern, die im Zeichen der Solidarität mit Flüchtlingen stand. Die markant gesunkenen Temperaturen scheinen sich positiv auf zwischenmenschliche Verhalten auszuwirken. Oder knapper gesagt: Kühl ist cool! (thu)

## Nachrichten

### SP muss Initiativtext abändern

**Zürich** Mit dem Titel «Für ein Fussballstadion ohne Milliarden-Abzocke» will die SP eine Initiative lancieren. Die Formulierung «Milliarden-Abzocke» ist allerdings irreführend, wie der Rechtskonsultent des Stadtrats feststellte. Dieser prüft den Initiativtext vorgängig. Nun müsse die SP «Milliarden» streichen, bestätigt ein Sprecher des zuständigen Finanzdepartements die Berichterstattung von NZZ und «20 Minuten». (zac)

### Ruderer meldet sich bei der Polizei

**Zürich** Einer der Ruderer, die am Samstagmorgen auf dem Zürichsee mutmasslich einen Schwimmer angefahren hatten, hat sich bei der Polizei gemeldet. Das Ruderboot war nach dem Zusammenstoss weitergefahren. (hoh)

### Vermisster Schwimmer geborgen

**Thalwil** Die Kantonspolizei hat am Freitag einen vermissten Mann in einer Tiefe von 130 Metern im Zürichsee geborgen. Dies teilte sie gestern mit. Der 79-jährige war vor über einem Monat beim Rettungsversuch verunglückt, als seine 86-jährige Ehefrau von einem Boot aus schwimmen ging und einen Herzinfarkt erlitt. Die Seepolizei setzte bei der Suche Sonar und Unterwasserkamera ein. (hoh)

## Bürgerliche wollen Hauptstrassen in Dörfern aufwerten

**Verkehr** Sie sind vielerorts ein steter Quell des Ärgers: Hauptstrassen, die mitten durch die Ortschaften führen. Dennoch wehren sich Bürgerliche seit Jahren standhaft gegen Verkehrsberuhigungen. Gestern nun legten sie eine andere Lösung vor. In einem Postulat fordern CVP, FDP und SVP eine bessere Gestaltung von Hauptstrassen. Notfalls müsse der Kanton halt von seinen Normen abweichen, fand Christian Lucek (SVP, Dänikon), und zusammen mit den Gemeinden «kreative Lösungen» suchen. Nur auf Kosten der Autos dürfe die Aufwertung nicht gehen. SP, Grüne, EVP und AL reagierten mit Verwunderung und Ablehnung. «Solange der Verkehr nicht reduziert und verlangsamt wird, wird das nichts», befand Robert Brunner (Grüne, Steinmaur). Das sah auch die GLP so – befand aber, das sei kein Grund, das Postulat abzulehnen. Der Rat überwies den Vorstoss mit 112 zu 61 Stimmen. (leu)

## Gesehen & gehört

# Warum die Grünen plötzlich so gut rochen

**Kantonsrat** Vor 40 Jahren haben ein paar Unentwegte in der Zürcher Agglo eine neue Partei gegründet. Diese hatte am Anfang mit ungewöhnlichen Problemen zu kämpfen.

Am Wochenende wurde kräftig gefeiert. Nicht nur am Flughafen, sondern auch am anderen Ende des Spektrums, nämlich bei den Grünen. Während in Kloten die Turbinen der Jets bestaunt wurden, frönten die Öko-Politiker dem Turbinenbräu. Die Grünen kamen 30 Jahre nach dem Flughafen zur Welt. Am 31. August 1978 schlossen sich in Volketswil ein paar Männer zusammen, um für die Umwelt zu kämpfen. Beinahe wurde die Bewegung im Keim erstickt. Dabei hatte nicht etwa die Swissair die Hände im Spiel, sondern die SP. Eine gewisse Ursula Koch schlich sich in die Versammlung ein und versuchte, die Aktivisten von einem SP-Beitritt zu überzeugen. Das misslang der späteren Stadträtin. Kein Wunder, denn die Bald-

Grünen waren bürgerlich. Der erste Präsident **Hans Beat Schaffner** schaute sich zuerst bei der zuwanderungskritischen Nationalen Aktion um und stellte fest, man dürfe dieser das Umweltthema nicht überlassen. Parteitreue ist bei den Grünen ein heikles Thema. Der zweite Parteipräsident **Hans Meier** war zuvor bei der SVP gewesen und wechselte bei der Abspaltung 2004 zu den Grünliberalen, die von **Martin Bäumle** und **Verena Diener**, immerhin der ersten grünen Regierungsrätin, gegründet worden waren. Auch der erste Zürcher Nationalrat der Grünen, **Arnold Müller**, sollte später zum Landesring der Unabhängigen wechseln.

Die heutige Fraktionspräsidentin **Esther Guyer** war nie in

einer anderen Partei, musste aber nach ihrem Beitritt und ihrer schnellen Beförderung zur Stadtzürcher Parteipräsidentin Ultralinke integrieren, was der Partei bald einen neuen Drall gab: Ende der 1980er-Jahre strömten die Leute von den Progressiven Organisationen Schweiz (Poch) zu den Grünen, unter ihnen **Daniel Vischer**. Aus dieser Zeit berichtet Guyer, dass die Sitzungen ausufernten und sie bald ein Machtwort habe sprechen müssen. Ans Rauchen und Trinken hatte sie sich gewöhnt, sagt sie, aber den Schweissgeruch stellte sie mit einem Deo-Zwang ab.

Eine weitere Vertreterin der Poch war **Gabi Petri**, die in der linken Szene als Kampagnenführerin aufgefallen war. So

holte man sie zu den Grünen, für die sie nunmehr seit 27 Jahren im Kantonsrat sitzt. Mit einem Augenzwinkern erzählt Petri vom Wählerzuwachs in ihrem Kreis von unter 5 auf (einmalige) über 20 Prozent. Und sie hat noch lange nicht genug. Da erst eines ihrer «Kinder», der Durchgangsbahnhof, gebaut ist, noch nicht aber das vierte Gleis am Bahnhof Stadelhofen, will sie sich 2019 für eine achte Legislatur wählen lassen. Auch wenn Petri manchmal wehmütig zurückdenkt an eine Zeit, als die Grünen frecher und verspielter waren. So hatte sie mal einen kritischen Cartoon in eine Richtplanpräsentation am Hellraumprojektor geschmuggelt. Oder hatten Sitznachbar **Martin Ott** und sie alle Ratskollegen nach Sternzeichen

geordnet und einem besonders «stieren» SVPLer Mandarinenessenz unter die Nase gerieben, «damit er lockerer wird». Oder auch mal im Rat ein Liedchen gegen das Autobahn-Y gesungen.

Anarchisch wirkten gestern auch gewisse Zettel an einer Pinnwand im Ratsfoyer. «Mehr Packeis» stand darauf oder «Gratis-Corgis für alle». Die Wünsche stammten von Besuchern der Langen Nacht der Museen und standen neben ernsthafteren wie «Weniger Fluglärm». Das Parlament als Museum? Dienstchef **Moritz von Wyss** hat die Idee aus Bern importiert. Einziger Unterschied: «Das Rathaus ist schöner als das Bundeshaus.»

**Pascal Unternährer**